

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abböler 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72206 — Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72203

**Inseratenpreise:** Die 10. Geheile, Kolonelleile 35 Wfa., bei Blankotisch 40 Wfa. Stellenangebote 10 Geheile, Kolonelleile 25 Wfa. Familienabriditen von Privatere die 10 Geheile, Kolonelleile mit 50% Nachsch. Neftlameseile 2 Wfa. Interate v. ausm.: die 10 Geheile, Kolonelleile 40 Wfa. bei Blankotisch, 50 Wfa., Neftlameseile 2.25 Wfa.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## „Proletarische Einheitsfront“

### Wie sich die Kommunistische Partei selbst entlarvt

#### Zwei Seelen wohnen ach...

Wir brachten am Freitag eine Darstellung des Vorwärts, in der auf gewisse Strömungen in den führenden Kreisen der Kommunistischen Partei hingewiesen worden war. Sie entsprechen den Auffassungen der beiden in Leipzig gewählten kommunistischen Abgeordneten Georg Schumann und Paul Frölich. Das sind jene Kreise, die immer, zuletzt auf dem kommunistischen Parteitag zu Essen, bestrebt gewesen sind, dem Schlagwort von der „proletarischen Einheitsfront“ einigen Sinn und einigen Inhalt zu verleihen. Um aber dem gegenwärtig von Moskau diktierten Kurs zu entsprechen, entkiffelte sich die Sächsische Arbeiterzeitung bereits am Freitag, dem 25. Mai, über die Erwägungen, die vom Vorwärts angestellt worden sind.

Die SAZ enthüllt so das eigentliche Gesicht der Kommunistischen Partei. Sie will, wie wir das während des Wahlkampfes vielfach angekündigt haben, im neuen Reichstag weiterreden, ohne aber auch nur das geringste zu tun, um die neue starke Position des Proletariats entsprechend auszuwerten. Daraus ergibt sich wiederum, was es mit der Parole der Einheitsfront in Wirklichkeit auf sich hat. Die Kommunistische Partei verfolgt faktisch das eine Ziel, die Kräfte der Arbeiterklasse zu zerpfücken, um so das Proletariat der Diktatur der besitzenden Klassen bedenkenlos auszuliefern.

Die SAZ schreibt voller Entrüstung, daß der Aufsatz des Vorwärts ein „einziges lügenhaftes Manöver der sozialdemokratischen Führer“ sei, daß also in der Kommunistischen Partei derartige Strömungen nicht vorhanden wären. Wir verweisen auf die Tatsache, daß die Weimarer Koalition im verflochtenen preussischen Landtag niemals eine Mehrheit hatte. Wenn sie sich trotzdem vier Jahre lang behaupten konnte, dann nur durch die Duldung der Kommunistischen Partei, woraus sich ergibt, daß die Kommunisten, wie auch auf der Tribüne des preussischen Landtags

von den Urwahns-Beuten festgesetzt worden ist, Koalitionszivil, nur in anderer Form, getrieben haben.

Die Kommunistische Partei hat in Mecklenburg monatelang die Koalitionsregierung unterstützt. Sie hat dem Notetariat zugestimmt, und die SAZ hat nicht den Mut ausgebracht, den Feststellungen der roten Fahne zu widersprechen. Durch ihr Schweigen hat sie anerkannt, daß die Kommunisten auch in Mecklenburg Koalitionspolitik getrieben und dem „kapitalistischen Staat“ einen Kometen bewilligt haben, der für die Justiz, die Kirche und selbst für die abgesetzten Fürsten Millionen Mark enthielt.

Die Komintern verlangte im Jahre 1925, daß im zweiten Wahlgange der Präsidentenwahl der kommunistische Kandidat Thälmann zurückgezogen werde. Die Komintern erwartete also, daß die Kommunisten für Herrn Wilhelm Marx votieren sollten. Selbst Ruth Fischer hatte sich dem Diktat Stalins unterworfen. Es wurde nicht durchgeführt, weil die Scholentzen dagegen Sturm gelaufen hatten. So legte gegen den Willen der Komintern Hindenburg. Wenige Monate später wurde die linke Zentrale abgesetzt. Die Taktik der Kommunisten wurde, wie der Vorwärts sehr richtig schrieb, der der Sozialdemokraten angepaßt. Es bestand lediglich der Unterschied in der Aufstellung der Forderungen in der Höhe von etwa 10 oder 20 Prozent.

Dann kam die erneute Unschönung in Ausland, damit eine neue Radikalisierung der Parteien der Dritten Internationalen. Nur die eine Parole blieb bestehen, nämlich die von der Einheitsfront des Proletariats. Was es aber mit dieser Schufterei auf sich hat, das zeigen die Spalten der SAZ. Die Kommunisten predigen die proletarische Einheitsfront, um die von der Arbeiterklasse erzwungenen Nachpositionen zu untergraben, woraus sich vor neuem ergibt, daß jede für die Kommunistische Partei abgegebene Arbeiterstimme faktisch der Reaktion, den schwarzweißroten Deutschnationalen zugute kommt.

## Ohne Kompaß

Von Olga Domanevskaja.

Die kommunistische Diktatur in Rußland windet sich in den Fesseln unauflöslicher Widersprüche. Gleichsam wie ein Blindler, der, vom Strudel erfasst, jedes Orientierungsvermögen verliert, läuft sie sich bald dahin, bald dorthin auf der unaufhörlichen Suche nach dem richtigen Weg, nach dem Ausweg. Linkskurs, REB, dann wieder Linkskurs und wieder Rückkehr zur REB — und noch einmal nach links: so schwingt das Pendel der Sowjetpolitik.

Von dem empfindlichsten, dem schmerzlichsten Punkt der Sowjetwirklichkeit gehen die Anstöße, die Beweggründe für den politischen Kurswechsel aus. Das sind die Beziehungen von Stadt und Land, die wechselseitigen Beziehungen mit der Bauernwirtschaft. Die „Neue Wirtschaftspolitik“, die REB hat die wirtschaftlichen Energien des Bauerniums entseffelt, hat ihm die Möglichkeit gegeben, „Zeit anzusehen“, hat seine Widerstandsfähigkeit gestärkt. Nun hat der Bauer während der letzten Getreidebeschaffungskampagne den Streit begonnen. Ohne den entsprechenden Gegenwert an von ihm dringend benötigten Industriewaren erhalten zu können, hat sich der Bauer geweigert, Getreide zu verkaufen, hat seine greifbaren Warenvorräte dem nicht wertbeständigen staatlichen Papiergeld vorgezogen.

Eine ausweglose Sackgasse entstand. Der Mißerfolg der Getreidebeschaffung lähmte den Lebensnerv des Landes. Ausfuhr, Einfuhr, Industriearbeit, Lebensmittelversorgung der Städte und der rohstoffergiebenden landwirtschaftlichen Gebiete, die auf Getreidezufuhr angewiesen sind: alles war bedroht. Die Sowjetregierung, die ihre Politik einer radikalen Revision nicht unterziehen wollte, beschritt aus Angst vor der Wirtschaftskatastrophe den Weg des behördlichen Druckes auf das flache Land. Ein höhnisches Schicksal hat es gewollt, daß unmittelbar nach der geistigen Verurteilung der Opposition durch den 15. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, nach den brutalen Repressalien, die die einseitigen Götzen des Kommunismus zu Staub gemacht hatten, die letzten Gedanken der besiegten Oppositionsströmung von der siegreichen Parteimehrheit verwirklicht werden sollten.

Dank der in Anwendung gebrachten Zwangsmassnahmen ist es der Regierung in der Zeit vom Januar bis März dieses Jahres gelungen, um 73 Prozent mehr Getreide der Bauernwirtschaft zu entlocken als in der gleichen Periode des Vorjahres, ist es gelungen, auf dem Wege der Zwangsunterbringung von Anleihen und der lokalen Ertragsbesteuerung Dutzende Millionen Rubel aus der Landwirtschaft herauszupumpen und so die Gefahr der Inflation abzuschwächen. Aber zu diesem Zweck mußte das Dorf auf den Kopf gestellt werden. Man mußte wieder zu den Methoden greifen, die in der Zeit des Kriegskommunismus üblich waren. Verhaftungen, Vermögenskonfiskationen, militärische Absperrung der Getreidebezirke: dies ganze rotsige Waffenarsenal der Jahre 1918/20 ward in Bewegung gesetzt und zerstörte erbarungslos die mit so vieler Mühe und Not in den Jahren der REB geknüpften wirtschaftlichen Beziehungen von Stadt und Land. Gewiß sollte programmgemäß nur die wirtschaftliche Spitze des Dorfes, die Schicht der wohlhabenden Großbauern, der „Kulaki“, der Gegenstand des Angriffs sein. In der Praxis aber wurden die Interessen breiter Schichten des Bauerntums, der Mittelbauern, berührt, mit denen die Sowjetregierung sich zu verbünden bemüht gewesen war.

Die aggressive Politik der Regierung verurteilte auf dem Lande den Ausbruch einer grenzenlosen Empörung. Doch für die in der Sowjetunion herrschenden Verhältnisse ist eben dies bezeichnend, daß die Bauern den Weg einer politischen Bekundung ihres Protestes nicht beschreiten konnten. Dafür griffen sie aber zu dem seit den Zeiten des Kriegskommunismus wohlverprobten Mittel des wirtschaftlichen Widerstandes: sie begannen, die landwirtschaftliche Anbaufläche einzuschränken. Eine solche Aueuerung des Bauernprotestes hatte die stalinistische Parteimehrheit schon früher vorausgesehen und ihre Eventualität als abschreckendes Gegenargument im Kampf mit der Opposition in den Vordergrund gerückt. Jetzt aber, wo die nämliche Parteimehrheit die Politik der Opposition selbst verwirklichte, hoffte sie, daß in aller kürzester Frist beachtliche Erfolge würden erzielt werden können, ehe noch die verhängnisvollen Auswirkungen des „Linksurses“ auf die wirtschaftlichen Dispositionen der Bauern in Erscheinung getreten sein würden. Als sie aber auf die Tendenz zur Einschränkung der Anbaufläche stieß, die ihrerseits die Bereitschaft der Bauern zur ökonomischen Widerstandsleistung demonstrierte, versuchte die Sowjetregierung schleunigst zum Rückzug zu blasen.

Jetzt wurde von den führenden Männern des Sowjetstaates mit betonter Eindeutigkeit darauf hingewiesen, daß man ja nicht an eine Aufhebung der REB denke, daß die Regierung nach wie vor den Standpunkt der Verständigung mit den Bauern vertrete, daß die Aktion nur die schmale Spitze der Kulakenhäute treffen solle, daß die Konfiskation des Getreides der Mittelbauern ein unglücklicher Zufall und nur

## Sur Frage der Regierungsbildung

### „Kartell bürgerlicher Mittelparteien“

Die von uns formulierten Bedingungen für die Aufstellung eines sozialdemokratischen Aktionsprogramms haben in der bürgerlichen Presse ein lebhaftes Echo im Geolge gehabt. Naturgemäß nur im negativen Sinne, obwohl dort nichts enthalten ist, was die sozialdemokratische Fraktion nicht während der letzten Monate im Reichstage mit allem Nachdruck verfochten hat. Insbesondere die deutschnationalen Presse greift diese Forderungen auf, um den Koalitionsbrüder des Bürgerblocks graulich zu machen.

Wir verweisen bereits auf einen Aufsatz des Herrn Scholz, des Vorsitzenden der volksparteilichen Reichstagsfraktion. Scholz ist der Heilige Vater des Bürgerblocks. Der Sozialdemokratische Pressedienst verweist nun auf die historisch bedeutsam gewordene Rede des Herrn Scholz, die er am 5. Dezember 1926 in Jasterburg gehalten hat. Darin wurde u. a. das folgende gesagt:

Der Stein des Anstoßes für die Große Koalition ist die Frage der Arbeitzeit, über die niemals eine Verständigung zwischen der Deutschen Volkspartei und den Sozialdemokraten möglich sein wird. Ebenso unmöglich ist eine Verständigung mit ihnen über die Verhältnisse der Reichswehr. Sollte die Große Koalition wirklich zustande kommen, so wäre es ein Gebilde von Wölkchen, keine dauernde Regierung.

Damals also war die Volkspartei noch nicht einmal bereit, dem ersten Punkt unserer Bedingungen, der Wiedereinführung des Achtstundentages, zuzustimmen. Ob sich inzwischen die Auffassungen des Herrn Scholz geändert haben, steht dahin.

In der Zentrumspresse beschäftigte sich der Abgeordnete Zoos, ein Kampfesführer Dr. Wirths, der den linken Flügel des Zentrums repräsentiert, mit den Problemen der bevorstehenden Regierungsbildung. Er schreibt, die Zentrumsparlei brauche sich den „Siegen“ keineswegs anzubieten. Eine Regierungsbildung ohne das Zentrum werde nicht möglich sein.

Koalitionspolitisch hat der Jammer für Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei begonnen. Vor Jahr und Tag hätten es beide leichter gehabt. Die Zentrumsparlei wird die Sorgen der Deutschen Volkspartei nicht mindern können, auch nicht auf dem Wege der Bildung eines „Kartells bürgerlicher Mittelparteien“ als Gegenpol gegen eine überstarke Sozialdemokratie, die noch dazu unter kommunistischem Druck steht.

Wesentlich Neues hat Herr Zoos nicht zu sagen. Seine Ausführungen interessieren uns nur aus dem einen Grunde, weil dort die Frage eines „Kartells bürgerlicher Mittelparteien“ zum ersten Male in den Vordergrund tritt. Das „Kartell“ würde nach Lage der Sache durch die Demokraten, das Zentrum, die Volkspartei und unter Umständen die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftspartei gebildet werden. Ein netter Plan. Der beschnittene Bürgerblock als selbständige Einheit im Rahmen der Großen Koalition. Und das verfochten von einem Führer des linken Zentrumsflügels, Herrn Zoos, dem Kampfgenossen Dr. Wirths

## Bestige Kämpfe um Peking

WTB London, 26. Mai.

Daily Telegraph berichtet: „Nach den letzten Meldungen aus Peking wütet ein heftiger Kampf um diese Stadt zwischen den Nord- und Südtruppen auf einer Linie, die sich etwa 100 Meilen südlich der Hauptstadt hinzieht. Bisher scheint keine der beiden Parteien einen entscheidenden Vorteil errungen zu haben.“

„Daily Mail“ berichtet dagegen: „Zwei Südhäere unter Führung Tschangtaifschs und Tschangtschang marschieren auf Peking vor. Chinesischen Meldungen zufolge ist Kalgan, 125 Meilen nordwestlich von Peking, gefallen. Peking ist jetzt fast umzingelt. Die Nordtruppen unter Tschangtschang befinden sich in eiligem Rückzug.“

## Noch immer Gefechte in Mexiko

SPD Mexiko-Stadt, 26. Mai. (Radio.)

Der Hafen von Manzanillo wurde nach einem schweren 15tägigen Kampfe der Bundesstruppen von einer starken Rebellenarmee erobert. Die Verluste der Rebellen sind äußerst groß. Eine genaue Ziffer darüber liegt bisher noch nicht vor. Die Zahl der Gefangenen ist ebenfalls sehr hoch.

## 137 Mandate in Preußen?

SPD Am 1. April 1929 tritt der preussisch-waldedische Staatsvertrag in Kraft, nach dem das Land Waldeck seine problematische Selbständigkeit aufgibt. Da der Waldeder Landtag dann zu antreten auftritt, wird im Gebiet des jetzigen Freistaats Waldeck eine Wahl notwendig. Die Sozialdemokratie hat bei den letzten Wahlen in Waldeck 451 Stimmen erhalten. Da ihr in Preußen an 137 Mandaten nur noch 6003 Stimmen fehlen, ist es nicht ausgeschlossen, daß bei den Wahlen in Waldeck das 137. Mandat für den Preussischen Landtag gewonnen wird.

## Interne Besprechungen

SPD Berlin, 26. Mai. (Radio.)

Ein Teil der bürgerlichen Presse meldet, daß am Freitag interne Besprechungen der sozialdemokratischen Führer über die sachlichen Fragen der Regierungsbildung stattgefunden haben. Richtig ist lediglich, daß am Freitag in der Wohnung des preussischen Ministerpräsidenten eine schon seit längerer Zeit vorgegebene private Zusammenkunft verschiedener Mitglieder der sozialdemokratischen Partei erfolgte.